

Zu diesem Heft

Probleme gesellschaftlicher Integration durchziehen wie ein roter Faden das Heft. Die vergessene gesellschaftliche Mitte würdigt *Stefan Hradil*: Sie sei kein Vorbild mehr für ökonomischen und kulturellen Aufstieg. Die „Angst klettert die Bürotürme hoch“, Aufstiegssog und Aufstiegssaldo sind gestoppt. Im Falle längerer Arbeitslosigkeit hat die Mitte mehr zu verlieren als andere. Was tun? Die Mitte darf nicht immer nur finanziell belastet werden. Und: Leistungsgerechtigkeit mit der Konsequenz der Ungleichheit der Belohnung verlangt als soziale Voraussetzung Chancengleichheit und eine neue Bildungsexpansion – für neue Aufsteiger.

Einen essayistischen Blick wirft *Ulrich von Alemann* auf die Gewerkschaften – voller Sympathie und Kritik. Als politisch-moralische Großorganisationen wie Parteien und Kirchen werde ihre Transformation durch Wertewandel und zunehmende Konkurrenzen um die knappe Zeit erzwungen. „Gewerkschaften sind Dienstleister“, auch wenn sie das nicht hören wollen. Sie müssen „Kümmerer werden“, auf die die Menschen sich im Betrieb und am Ort verlassen können. – *Hans-Hermann Hartwich* plädiert dafür, auch in Zeiten der Weltoffenheit von Transaktionen die Lohnhöhe von den Tarifparteien erstreiten zu lassen („deutsche traditionelle Sicht“) und nicht durch Gesetz (Mindestlöhne) festzulegen. Löhne seien ein Ergebnis von Macht und Gegenmacht und nicht gerecht. Soziale Probleme könnten und sollen durch flankierende Maßnahmen (Entsendegesetz, Sittenwidrigkeit, Erlass von Sozialabgaben) gemildert werden. Die Kolumne enthält zugleich die Argumente gegen die These.

Die Alterssicherung braucht neue Konstruktionen, weil die Zahl alter Menschen zunimmt, der Anteil voll versicherungspflichtig Beschäftigter mit guten Einkommen und lebenslanger Arbeitsstelle abnimmt und weil die Hinterbliebenenversicherung schleichend verschwindet. Lösungen müssen im Umlagesystem konstruiert werden, weil eine Umstellung auf Kapitaldeckung zu riskant wäre: Nachhaltigkeit zwischen den Generationen, umfassende Versicherungspflicht für alle (was dann auch für Beamte gelten müsste), Hilfen bei Niedrigeinkommen, Förderung der Kindererziehung und (ergänzend) kapitalgedeckte Alterssicherung – so das Plädoyer von *Hans-Jürgen Krupp*.

Es brennt schon lange bei der politischen Bildung. Jede Generation muss Demokratie neu lernen, aber es dauern Vorurteile gegen demokratischen Pluralismus an: das angeblich einige Volk brauche keinen Streit, sondern klare Verhältnisse. *Hans-Peter Bartels*, Mitglied des Bundestages, fordert ein Institut für die Didaktik des Demokratie-Lernens, wie es dies seit Jahrzehnten für Mathematik und Naturwissenschaften (IPN in Kiel) mit mehr als hundert Beschäftigten gibt.

Auf der folgenden Doppelseite sind alle Beiträge dieses Heftes kurz angerissen – wir wünschen interessante Lektüre!

Die Herausgeber